

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion noch einmal Herr Kollege Vogt das Wort.

**Alexander Vogt (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich könnte jetzt auf Ihre Einlassungen eingehen, die nichts mit dem Thema zu tun hatten, Herr Nückel. Ich könnte Ihnen ja die Frage stellen, wie Sie auf Themen wie „Reizwäsche“ kommen, wenn Sie eine Rede vorbereiten.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Aber das lassen wir einmal dahingestellt sein.

(Beifall von der SPD)

Sie hatten aber zwischendurch durchaus auch einen Anflug, inhaltlich zu werden. So haben Sie das Thema „Lokalfunk“ angesprochen. Da habe ich mich besonders geärgert. Deswegen habe ich mich auch noch einmal gemeldet. Herr Nückel, wir haben 45 Lokalsender in Nordrhein-Westfalen. Diese Medienvielfalt zu erhalten, ist ein ganz zentraler Bestandteil, den wir in den letzten fünf Jahren hier verfolgt haben, Herr Nückel.

(Thomas Nückel [FDP]: Dann tun Sie etwas!)

Dieses Thema haben wir bearbeitet wie fast kein anderes. Wir haben mit langen Diskussionen dafür gesorgt, dass bei der Frequenzvergabe der Lokalfunk dem WDR vorgezogen wird. Wir haben dafür gesorgt, dass die Werbereduzierung stattfinden konnte und der Lokalfunk gestärkt werden konnte.

(Beifall von der SPD)

Und Sie stellen sich hierhin und erzählen uns, wir hätten nichts für den Lokalfunk gemacht. Hätten Sie damals den Gesetzentwürfen zugestimmt, die wir eingebracht haben, dann hätten Sie etwas dazu sagen können. Sie haben sich aber verweigert.

(Zuruf von Thomas Nückel [FDP])

Jetzt stellen Sie sich hierhin und erzählen, wir würden nichts für die Lokalradios tun. Das ist eine Unverschämtheit, Herr Nückel.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Thomas Nückel [FDP])

Ich möchte noch einen zweiten Aspekt ansprechen. Wir vergeben im Rahmen eines Änderungsantrags 700.000 € extra für Webvideo-Konzeptionen und Games. Herr Lamla, dass Sie sich hierhin stellen, das kritisieren und dem noch nicht einmal im Ausschuss zustimmen konnten, sagt einiges aus. Vielleicht ist das ein Zeichen Ihrer Frustration darüber, hier den letzten Haushalt mitberaten zu haben. Trotzdem bitte ich Sie: Stimmen Sie zumindest diesem Punkt zu. Schließlich geht das Geld an eine Klientel, die Sie sonst immer zu vertreten meinen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kann ich die Debatte zu Tagesordnungspunkt 1, Einzelplan 02, Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, schließen.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 02. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13502, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte sich diesem Votum anschließen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, Piraten und die fraktionslosen Abgeordneten Schwerd und Schulz. Wer möchte sich enthalten? – Niemand. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13502** damit **in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 09  
Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 16/13509

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Hausmann das Wort.

**Wilhelm Hausmann (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stehen in Nordrhein-Westfalen vor einer großen Herausforderung im Wohnungsbau. Diese große Herausforderung ist hier im Haus auch schon umfangreich beschrieben worden. Das muss ich an dieser Stelle nicht wiederholen.

Es gibt umfangreiche Mittel des Bundes, die Sie, Herr Minister, weiterreichen, nachdem Sie in den Förderrichtlinien entscheidende Änderungen vorgenommen haben. Die Bundesmittel kommen also im Wohnungsmarkt an. Das müssen wir auch anerkennen. Denn das ist nicht selbstverständlich, wenn man sich den Umgang mit diesen Mitteln in anderen Bundesländern anschaut.

Aber die Frage, die wir uns hier stellen müssen, ist die: Reicht das aus? Kann man sich jetzt zurücklehnen? – Ich denke, nein. Denn es gibt weitaus mehr Instrumente, die zur Verfügung stehen, um einen bezahlbaren Wohnungsbau hier in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.

Denn fest steht nämlich, dass trotz der immensen Fördergelder weniger Sozialwohnungen gebaut werden, als gleichzeitig aus der Bindung herausfallen.

Fest steht auch, dass durch andere Maßnahmen, an denen Sie hier tatkräftig mitgearbeitet haben, die Wohnungsbaukosten in den letzten zehn Jahren um über 30 % gestiegen sind. Das heißt schlicht und einfach, dass ich für das gleiche Geld rund ein Drittel weniger Wohnungen bekomme.

Weiterhin lassen Sie das ganze Spektrum der Eigentumsförderung außen vor bzw. wollen aus ideologischen Gründen nicht erkennen, dass hier mit den gleichzeitig herrschenden niedrigen Zinsen ein enormes Potenzial für den Wohnungsbau liegt und zugleich auch viele Menschen in diesem Land Vermögensbildung betreiben könnten, während sich ihr Sparguthaben ansonsten immer weiter entwertet.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Wir können uns das also nur so erklären, dass Sie sich in Ihrem selbst gestrickten Feindbild vom Wohneigentum mit dem frei stehenden Einfamilienhaus auf der grünen Wiese verstrickt haben. Das wäre, wenn Sie das Bild haben und immer vor sich hertragen, natürlich ein unglaublicher Erfolg für die Werbefachleute der Bausparkassen, aber es ist nicht die Realität. Denn Wohneigentum bildet darüber hinaus in Form von Bauherrengemeinschaft, Genossenschaften, Eigentumswohnungen usw. einen wichtigen Baustein, und das auch in der hier ja immer gerne und sonst viel zitierten Quartiersentwicklung. Das entgeht Ihnen dabei.

Meine Damen und Herren, die CDU hält daher daran fest, dass wir zusammen mit einem Großteil der Menschen das Wohneigentum für einen sinnvollen Faktor in der derzeitigen Wohnungsmarktsituation halten.

Wenn man nun die anfangs erwähnte Weiterleitung der Wohnungsbaumittel unter den günstigen Konditionen sicherlich begrüßen kann, dann muss man sich aber auch fragen: Was haben Sie denn sonst getan, um das Bauen und Wohnen günstiger und schneller zu machen? Oder glauben Sie etwa, dass das Nichthandeln in wichtigen Bereichen durch die publikumswirksame Vergabe von Wohnungsbaumitteln verborgen bleiben kann?

Da sieht Ihre Bilanz nicht gut aus. Zu den negativen Vorschriften, mit denen Sie den Wohnungsmarkt bremsen, gehören die Kündigungssperfristverordnung, die Sie 2011 wieder eingeführt haben, die fehlerhafte Kappungsgrenzenverordnung von 2014 und die Einführung der Verordnung zur Erschwerung der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen von 2014. Das alles hat zwei Fakten. Erstens schreckt das die Investoren ab. Zweitens verhindert das auch die Aufwertung und Durchmischung von Bestandsquartieren gerade in den Großstädten, die ja die prekäre Lage am Wohnungsmarkt am deutlichsten spüren.

Aber das ist noch nicht alles. Gleichzeitig gibt es auch noch eine Liste von Punkten, die Sie angekündigt haben und deren Lösung jetzt zum Ende Ihrer Regierungszeit nicht einmal in Sicht ist. Sie, Herr Minister, haben gesagt – ich darf Sie hier zitieren –: Bürokratische Stolperdrähte müssen gekappt werden. – Sie haben auch gesagt: Der Bürokratiedschungel muss gelichtet werden. – Getan haben Sie das aber bis heute noch nicht.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Bernhard Schemmer [CDU])

Keine einzige sinnlose Vorschrift wurde seither abgeschafft. Meines Wissens gibt es dafür in Ihrem Ministerium nicht einmal Pläne.

Wenn ich auf die Landesbauordnung blicke, die wir kurz vor der Verabschiedung haben, dann haben wir dort einen ganz umfangreichen Katalog an Erschwernissen und mangelhaften Verbesserungen, die in allen Bereichen hier von den Fachleuten diskutiert werden,

(Jochen Ott [SPD]: Wie kommen Sie denn darauf?)

wo aber seitens Ihres Ministeriums bis jetzt noch kein Einlenken deutlich geworden ist.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Bilanz nach sechs Jahren Ihrer Regierungszeit sind steigende Mieten, ein Aus der Eigentumsförderung, Wohnungsknappheit und ein Schwinden der geförderten Wohnungen. Weder ordnungspolitisch noch finanzpolitisch wird hier entscheidend gegengesteuert. Daher lehnen wir diesen Haushalt ab.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Hausmann. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Philipp.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

**Sarah Philipp (SPD):** Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, Kollege Hausmann, das war der erwartete Rundumschlag, was die Wohnungspolitik hier in Nordrhein-Westfalen angeht. Es wird Sie auch nicht überraschen, dass ich das nicht teile. Ich werde jetzt – das haben Sie weitestgehend ausgelassen – auf den Einzelplan eingehen, auf das, was wir im Haushalt machen, und dann noch einmal auf einzelne Punkte eingehen, die Sie gerade anders bewertet haben, als wir das tun.

Die Herausforderungen im Wohnungsbau haben Sie angesprochen. Bis 2020 werden in Nordrhein-West-

falen etwa 400.000 neue Wohnungen – wahrscheinlich sogar noch mehr – gebraucht werden. Vor allem in unseren Städten ist der Wohnraum erforderlich. Deshalb ist es auch gut, dass wir mit diesem vorliegenden Haushaltsentwurf die Erfolgsbilanz rot-grüner Wohn- und Stadtentwicklungspolitik der vergangenen Jahre fortsetzen können.

Bei der Wohnraumförderung sind die wichtigsten Weichen bereits gestellt. Die Mittel für 2016 und 2017 wurden von ursprünglich geplanten 800 Millionen € auf 1,1 Milliarden € aufgestockt. Priorität hat hier ganz klar – das möchte ich unterstreichen – der Mietwohnungsbau. Dafür sind allein 700 Millionen € eingeplant. Denn – da möchte ich Ihnen noch einmal widersprechen – wir fördern da, wo die Nachfrage am größten ist, und wir fördern vor allen Dingen auch da, wo die Leute am meisten Unterstützung brauchen.

Die Mittel werden auch abgerufen. Nordrhein-Westfalen ist bundesweit Spitzenreiter, deutscher Meister im Bau von Sozialwohnungen, und das trotz der schwierigen Rahmenbedingungen vor allen Dingen auch auf dem Kapitalmarkt.

In diesem Zusammenhang haben Sie auch die Tilgungsnachlässe erwähnt. Die sind mit bis zu 35 % mit Sicherheit auch hilfreich, spielen eine große Rolle. Aber – auch das möchte ich noch einmal unterstreichen – wir geben das Geld vom Bund auch eins zu eins weiter. Das ist leider nicht selbstverständlich. Deswegen unterstreicht das noch einmal die Aktivitäten des Landes beim sozialen Wohnungsbau.

(Beifall von der SPD)

Die Landesregierung garantiert den Kommunen und Investoren die notwendige Planungssicherheit. Wir achten bei unserem Förderprogramm auf die Bezahlbarkeit und auf die Qualität des Wohnens, vor allen Dingen auch für verschiedene Zielgruppen. Das haben Sie völlig außen vor gelassen. Es geht um Studierende, es geht um Familien, es geht um ältere Menschen, und es geht um Menschen mit Handicap. Jeder hat seine ganz eigenen Ansprüche an Wohnen. Dem werden wir mit unserem Wohnraumförderprogramm auch gerecht.

In diesem Zusammenhang sei auch die Landesbauordnung erwähnt. Sie haben sie auch angesprochen. Das ist zwar nicht direkt haushaltsrelevant, aber wir stehen kurz vor der Verabschiedung. Auch da spielt barrierefreies Wohnen eine ganz herausragende Rolle. Neben ganz vielen weiteren Verbesserungen zeigt das auch: Das ist bezahlbar und bedarfsgerecht. Das zeigt diese Landesbauordnung, aber eben auch der Haushalt insgesamt. Das ist Wohnungspolitik nach sozialdemokratischer Prägung hier in Nordrhein-Westfalen.

Kommen wir zum Bereich Stadtentwicklung und Denkmalpflege – auch das ist ein wichtiger Punkt im

Haushalt – oder, um es mit den Worten des Ministers zu sagen, zum Bereich der Heimatförderung. Insgesamt ist hierfür im Haushalt 2017 die Rekordsumme von 328 Millionen € vorgesehen. 109 Millionen € Bundesmittel werden vom Land mit 219 Millionen € aufgestockt.

Profitieren wird davon unter anderem unsere erfolgreiche Städtebauförderung. Das ignorieren Sie immer; das lassen Sie immer außen vor. 151 Millionen € und damit knapp 15 Millionen € mehr als im Haushalt 2016 sollen den Kommunen für Maßnahmen der Stadterneuerung zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiterer wichtiger Bereich, den wir ebenfalls fest im Blick haben, ist die Förderung von benachteiligten Wohnquartieren. Da zeigt sich ganz praktisch, wie das unter anderem mit unserem neuen Förderprogramm zur Förderung von Heimat vor der Haustür gelingen kann. Dieses Programm bringt passgenau Hilfe für 77 Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Es werden über 140 Einzelmaßnahmen gefördert. Das reicht vom Spiel- und Bolzplatz über Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen, Schulen, öffentliche Plätze, Gemeinschaftseinrichtungen bis zu Bürgertreffs.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

„Heimat vor der Haustür“ ist eine wichtige Förderung. Wir kümmern uns um benachteiligte Stadtteile, und das tun Sie leider nicht. Das stärkt nicht nur die Lebensqualität vor Ort, sondern auch die Mitverantwortung im öffentlichen Raum. Das war uns bei diesem Förderprogramm ganz besonders wichtig. Und die Resonanz der Kommunen spricht für sich. 97 Kommunen haben sich beteiligt, und wir können Förderzusagen bis 2018 machen.

Das zeigt – damit komme ich zum Schluss –, wir fördern „Heimat vor der Haustür“, wir fördern bezahlbaren Wohnraum für alle und nicht nur für einige wenige, wie Sie sich das wünschen. Wir kümmern uns um benachteiligte Stadtteile und nehmen das Geld da in die Hand, wo es am Nötigsten ist. Dieser Haushalt spiegelt diesen Ansatz einmal mehr wider.

Die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen haben ihre Hausaufgaben gemacht. Deswegen stimmen wir diesem Einzelplan sehr gerne zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Philipp. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Ellerbrock.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wird zu wenig gebaut. Der Minister hat recht. „Baggern, baggern, baggern –

bauen, bauen, bauen“, da hat er recht. Es handelt sich aber um einen Minister, der rechts blinkt und links abbiegt. All das, was Kollege Hausmann eben dargestellt hat – Mietpreisbremse, Kappungsgrenzenverordnung, Energieeinsparverordnung und alles Mögliche –, hat er mitgetragen.

Was sind die Ergebnisse rot-grüner Baupolitik?

Die NRW.BANK stellt fest: 400.000 Wohnungen fehlen bis 2020 – pro Jahr 100.000.

IT.NRW stellt fest: In den Jahren 2012 bis 2015, in vier Jahren, sind 145.000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen gebaut worden – 35.000 pro Jahr.

400.000 minus 145.000 sind 255.000. Ergebnis nordrhein-westfälischer rot-grünere Baupolitik: Pro Jahr fehlen 65.000 Wohnungen. Und der Minister hat gelernt und sagt jetzt: „Baggern, baggern, baggern – bauen, bauen, bauen“. Er ist also nicht vollständig beratungsresistent.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wir unterscheiden uns grundsätzlich voneinander. Wir als FDP wollen ein Volk von Wohnungseigentümern. SPD und Grüne wollen ein Volk von Wohnungssuchenden in einem Wohnungsmarkt, den es teilweise gar nicht gibt. Das ist der grundsätzliche Unterschied.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, das müssen wir deutlich sehen: Was bedeutet das vor Ort? Wir hatten im Jahr 2010, auch wenn Frau Kollegin Philipp das etwas abfällig sagte, eine Eigentumsförderung von etwas über 500 Millionen €. Jetzt liegt sie bei 32 Millionen €. Wohnungseigentum ist die beste Altersversicherung. Man spart Miete. Es ist eine Eigentumsförderung und hat etwas mit Selbstbewusstsein zu tun. Das ist richtig.

Jetzt kommt der Hammer. Nachdem wir hier die Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 6,5 % erhöht haben, ...

(Ralf Witzel [FDP]: Rot-Grün!)

– Entschuldigung: Rot-Grün. Das war die Gesamtverantwortung Nordrhein-Westfalens, in die wir uns hierbei nicht einbinden lassen wollen. – Diese Regierung hat die Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 6,5 % erhöht. Da kommt die Bundesbauministerin, eine ehemalige Kollegin aus dem Umweltministerium als Referatsleiterin für grenzüberschreitende Planung, und sagt: Wir machen jetzt eine Eigenheimförderung. – Die Eigenheimzulage kehrt zurück. Kollege Schemmer, das ist der Zettel: Die Eigenheimzulage kommt zurück.

(Der Abgeordnete hält ein Blatt in die Höhe.)

Ein Haushalt mit einem Einkommen bis zu 70.000 € Einkommen soll 20.000 € bekommen. Das ist das

Geld, das diese Landesregierung den Leuten durch die Grunderwerbsteuer bei einem Haus von 300.000 € aus der Tasche zieht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Für mich ist das ein Nullsummenspiel: rechte Tasche, linke Tasche. Das kann doch nicht richtig sein.

Meine Damen und Herren, etwas unterscheidet uns noch. Ich will ja nicht sagen: „Von der SPD lernen heißt siegen lernen“, aber es heißt: den Krimi lesen und sich mit Abscheu abwenden.

Hier steht Folgendes:

„9. Die Renaissance der Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen

Die öffentliche Hand muss sich wieder als mächtiger Spieler auf dem Wohnungsmarkt positionieren.“

Und weiter heißt es:

„Die Privatisierung öffentlichen Wohneigentums lehnen wir ab.“

Das ist auch interessant.

Meine Damen und Herren, ich möchte jemanden zitieren, der nicht FDP-Mitglied und nicht CDU-Mitglied ist.

(Zuruf: AfD!)

Ich möchte einfach mal einen Text zur Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit – NWG – vorlesen, der Ihnen sicherlich sehr nahekommt:

„Die NWG wäre eine komplizierte Lösung für Probleme, die wir nicht haben. Für die Lösung der eigentlichen Probleme erweist sie sich als ‚zahnloser Tiger‘ und bei genauer Analyse als Hindernis für effektive Lösungen. Das zu geringe Angebot und Neubauvolumen für bezahlbare Wohnungen in den 30 Städten mit signifikantem Wohnungsraumangel, fehlende Baugrundstücke, zu hohe – häufig staatlich induzierte –

– hört, hört! –

„Gesamtbaukosten und blockierende Auflagen oder Vorgaben sowie langatmige demokratische Prozesse verändert die NWG überhaupt nicht. Sie hat ein wesentliches Merkmal mit der Mietpreisbremse gemeinsam: Die NWG würde keine einzige neue Wohnung schaffen.“

Ungeheuerlich. Wer ist das? Das ist Lutz Freitag. Ich zitiere: „deutscher Gewerkschafter und ehemaliger Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft für die SPD“, Vorsitzender des Arbeitskreises „Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen“ in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Klocke.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich versuche, es mit drei Punkten knapp zu machen und vielleicht wieder ein bisschen Zeit hereinzuholen, weil wir in der Zeit deutlich zurückliegen.

Die Kollegin Sarah Philipp hat eben alle Förderprogramme sowie die Aufwüchse – das, was Rot-Grün als Erfolg bei der Wohnungspolitik in den letzten Jahre vorzuweisen hat – gut zusammengefasst. Ich möchte gerne die Punkte aufgreifen, die vonseiten der Opposition entgegeng gehalten worden sind.

Ad eins: Herr Hausmann, Sie sind ja ein kluger, reflektierender Wohnungspolitiker. Wir erleben uns ja gegenseitig häufig auch auf Podiumsdiskussionen. Dass Sie Ihre Rede komplett abgelesen haben, zeigt mir, dass das die Sprechzettel sind, die bei Ihnen im CDU-Vorstandsbüro vorbereitet worden sind, und dass man mit einem gewissen Sound und mit einer gewissen Rhetorik gegen die Regierung hier in so eine Plenardebatte hineingeht.

Wenn man sich auf Veranstaltungen der Wohnungswirtschaft befindet – ob das beim VDW, bei Haus und Grund oder beim Bündnis für Wohnen etc. ist –, ist es doch schon so, dass es da mit der Landesregierung, den regierungstragenden Fraktionen und dem Minister eine große Zufriedenheit mit dem gibt, was in den letzten Jahren auf den Weg gebracht worden ist. Alle Signale, alle Statistiken weisen nach oben. Das betrifft die Fragen Wohnungsneubau, Baugenehmigungen, Förderprogramme und das, was real umgesetzt wird. Da hat sich in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen viel bewegt.

Ich frage mich als jemand, der 2010 in den Landtag gekommen ist – damals wurde ja eine Delle im Wohnungsbau festgestellt; es wurde festgestellt, dass uns Wohnungen fehlen –, schon, was zwischen 2005 und 2010 geschah, dass wir 2010 zu der Feststellung kamen, dass wir in diesem Land dringend mehr bauen müssen. Also würde ich mich an Ihrer Stelle schon einmal fragen, ob in Ihren Regierungsjahren immer nur die richtigen Signale gesetzt worden sind.

Ich komme zu dem, was Sie, Kollege Hausmann zur Frage der steigenden Kosten des Wohnungsbaus gesagt haben. Das ist ja grundsätzlich richtig. Wir müssen günstiger bauen. In den letzten Jahren haben wir – auch durch solche Schritte wie weitere Ausbaustufen in der EnEF – mehr Zuwachs gehabt. Ich frage aber zurück: Die Klimaschutzziele – sowohl die deutschen wie auch die europäischen – sind doch gemeinsam im Bundestag beschlossen worden.

Weiter wurde beschlossen, dass wir gerade im Bereich Gebäude – sowohl beim Bestand als auch beim Neubau – dazu kommen müssen, möglichst wenig Energie zu verbrauchen und sparsam Energie einzusetzen.

Die Klimaschutzziele haben doch konkret etwas damit zu tun, dass wir gut gedämmte, gut strukturierte Gebäude brauchen. Also, wenn Sie hier auf der einen Seite kritisieren bzw. monieren, dass wir zu viele Kosten beim Bau haben, dann müssen Sie doch auf der anderen Seite sagen: Das ist auch Folge der Klimaschutzpolitik unserer geschätzten Bundeskanzlerin Angela Merkel. So ist es nämlich, lieber Kollege Hausmann.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Klocke, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Schemmer würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Herr Schemmer immer.

**Bernhard Schemmer (CDU):** Schönen Dank dafür. – Sie haben gerade vorgetragen, dass im Zeitraum 2005 bis 2010 oder – ich mache es einmal präziser – von 2006 bis 2010 weniger Mietwohnungsbau als heute gefördert worden ist.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das war eine Frage, ja!)

Deshalb meine Frage: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass in den Jahren 2006 bis 2010 jedes Jahr mehr Mietwohnungsbau gefördert wurde als in den Jahren 2011 bis 2014?

(Beifall von der CDU)

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Lieber Kollege Schemmer, ich bin bereit, mir diese Zahlen noch einmal genau anzugucken. Ich kann das nicht glauben.

Wenn man sich die verschiedenen Segmente anguckt, stellt man fest, dass wir gerade zu wenig bezahlbaren, kostengünstigen Wohnraum für mittlere und untere Einkommensschichten haben. Das ist ja die Analyse. Wir haben ja genug hochpreisigen Wohnbau. Auch haben wir genug Eigentumsförderung.

(Zuruf von Karlheinz Busen [FDP])

– Nein, das sollen Sie auch nicht, das brauchen Sie auch nicht, Herr Busen. Sie werden sicherlich im Bundestag – dem Sie ja vielleicht zukünftig angehören werden – dafür sorgen, dass die Förderprogramme des Bundes ganz neu gestaltet werden. Das könnte ja Ihre Aufgabe in Berlin sein. Dann würden Sie wenigstens nicht so viel Unsinn dazwischenrufen, was Sie hier ja ständig machen.

Ich werde mir also gerne einmal angucken, Herr Kollege Schemmer, ob das der Fall war. Ich würde aber konstatieren, dass es nicht ausgereicht hat. Sonst hätten wir ja nicht alle miteinander diese Lücke im Jahr 2012 festgestellt.

Gefreut hat mich aber an der Rede des Kollegen Hausmann von der CDU, dass Sie angedeutet haben, dass Sie auch für neue Instrumente offen sind, was also genossenschaftlichen Wohnungsbau und Wohngruppen angeht. Sie haben ja in Ihrer Rede eben ein paar Bausteine erwähnt, wo ich gedacht habe: Die CDU ist doch auf der Höhe der Zeit oder versucht zumindest, sich an den neuen Instrumenten zu orientieren. Das will ich einmal positiv zur Kenntnis nehmen.

Ich habe jetzt noch anderthalb Minuten Zeit. Mein Kollege Rolf Beu und ich haben uns die Redezeit aufgeteilt. Ich möchte noch drei Sätze zur Verkehrspolitik sagen und da gerne zwei Dinge in den Fokus rücken.

Dabei geht es einmal um den Punkt „Sanierung vor Neubau“ und auch zum Beispiel um die Pressekonferenz, welche die NRW-Arbeitgeberverbände in der letzten Woche durchgeführt haben. Dabei haben sie vom Land Mehrausgaben für Straßensanierung und -erhalt gefordert. Wenn in diesen Haushalt guckt, sieht man, dass die rot-grüne Landesregierung hier nicht nur Wort hält, sondern auch noch einmal klar draufsattelt. Wir geben im nächsten Jahr 127 Millionen € aus. Das sind 50 Millionen € mehr als 2010. Wir haben die Fördersumme hier fast verdoppelt, um unsere Straßen und unsere Infrastruktur intakt zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es sind auch noch einmal 10 Millionen € mehr, als wir es eigentlich im Etatansatz für 2017 hatten. Das ist ein klares Plus und nicht nur das, was notwendig ist, sondern es ist auch das, was Wirtschaft, Arbeitgeber und IHK von der Landesregierung entsprechend fordern. Wir setzen also das um, was die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen hier zum Thema macht. Da ist Rot-Grün der Schrittmacher. Es ist auch wichtig, dass wir das im Land deutlich machen.

Der zweite Punkt: Wir bringen eine neue und andere Mobilität voran – sicherlich nicht in Riesenschritten, aber in jedem Jahr mit ordentlichen Fördersummen. Wir versuchen – und wir schaffen das auch –, den Stau in Nordrhein-Westfalen zu reduzieren, indem wir Alternativen im Bereich des ÖPNV, der Radschnellwege, des Carsharings und von Alternativen zur täglichen Automobilität fördern.

Hier haben wir die Etatansätze in den Bereichen Nahmobilität und Bau von Radschnellwegen auch noch einmal heraufgesetzt. Das ist eine klare Investition in die Zukunft, die sich vielleicht nicht direkt im nächsten oder übernächsten Jahr in ganzer Breite

zeigen wird. Ich bin aber total sicher, dass wir, wenn wir in zehn Jahren auf diese Jahre zurückgucken, sagen werden: Super, dass diese Landesregierung das angegangen ist und wir den Mut hatten, so ein neues Projekt wie Radschnellwege zu fördern und auch voranzubringen.

Und um auch der CDU noch ein Lob zukommen zu lassen: Ich begrüße es sehr, dass die Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD im nächsten Jahr erstmalig Radschnellwege auch mit Bundesmitteln fördert.

(Ralf Witzel [FDP]: Steuergelderverschwendung nennt man das!)

Das finde ich richtig. Das ist zwar noch nicht die Fördersumme, die notwendig wäre, aber da gehen Bund und Land zusammen eindeutig in die richtige Richtung, was die Mobilität angeht. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Bayer.

**Oliver Bayer (PIRATEN):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Stream-Gäste! Bei uns werden Prioritäten gesetzt, ansonsten bleibt man stehen. Man sollte schon wissen, wohin man gehen will. – Rot-Grün erzählt oft, was wir hier hören wollen. Aber was passiert? Es bleibt nur Papier.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Der Witzel kann nicht Fahrrad fahren! Deswegen ist es Steuergelderverschwendung! – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP]: Doch, Herr Kollege! Ich fahre bestimmt häufiger als Sie!)

Auf dem Papier tut die Landesregierung auch nicht immer, aber oft so, als würde sie tolle Arbeit leisten. Bei den meist zutreffenden, markigen Worten ist Herr Minister Groschek unübertroffen gut, das kann er. Einzelne Marketingaktionen, Infrastrukturbündnisse und Absichtserklärungen – schöne Worte auf Papier; Das geht auch.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo wollen Sie denn hin?)

Aber so etwas muss sich auch im Haushalt widerspiegeln. Ja, generelle Schwerpunkte und Prioritäten will ich auch im Haushalt sehen, und zwar nicht nur als Placebo. Und wenn Rot-Grün ein Gesetz durchbringt, dann will ich auch, dass es funktioniert und nicht am Geld scheitert.

Ein Beispiel ist die „Wohnungspolizei“, das Wohnungsaufsichtsgesetz, das ohne Landesmittel nicht funktioniert. Es bleibt zahnlos.

(Jochen Ott [SPD]: Quatsch! Ist doch Quatsch!)

Diese „Wohnungspolizei“ reduziert sich in der Praxis, Herr Ott,

(Ibrahim Yetim [SPD]: Dann fahr mal nach Duisburg!)

auf einzelne spektakuläre Aktionen, wenn sowieso an den Rand gedrängte Menschen aus ihren Häusern vertrieben werden. Von einer Lösung des Problems der Raubrittermentalität einzelner Immobilienbesitzer kann da überhaupt keine Rede sein.

Aus anderen Ländern und Städten wissen wir – und zwar spätestens, seit wir eine Anhörung zu diesem Gesetz durchgeführt haben –, dass Planstellen geschaffen werden müssen. In Frankfurt am Main waren es zum Beispiel sechs. Wie sollen NRW-Kommunen alleine diese Kosten stemmen? Wir werden einen Haushaltsänderungsantrag dazu stellen.

Die Mietpreisbremse verfehlt ihr Ziel,

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

weil Geld unter anderem für hochwertige Mietspiegel fehlt. Es ist klar: Die Mietpreisbremse ist derzeit kontraproduktiv; das muss man festhalten. Nun soll auch hier nachgebessert werden. Das ist gut, aber Mieterverbände und auch wir Piraten sagen das schon von Anfang an.

Überall – und das ist klar bei diesem Gesetz – beim Bauen müsste es mehr Personal geben, um die Ziele von Rot-Grün auch wirklich umzusetzen und auch, um bürokratisch bedingte Verzögerungen beim Wohnungsbau und damit gestiegene Kosten aufzulösen.

Ja, Frau Philipp, die Landesbauordnung mag für Sie nicht haushaltsrelevant sein, aber zumindest einiges daraus muss durch zusätzliches Personal flankiert werden. Das wird weiterhin meist den Kommunen überlassen, die nicht alles alleine umsetzen können, was sich das Land hier vermeintlich kostenneutral ausdenkt.

In Zeiten geringer Zinsen sollte sinnvoll in preiswertes Wohnen investiert werden. Aber wo finde ich die Unterstützung der draußen breit diskutierten neuen Gemeinnützigkeit? Wo begegne ich der Renaissance der Wohnungsgemeinnützigkeit, die Herr Ellerbrock eben zitiert hat? Wo ist denn die Förderung infrastrukturell benachteiligter Räume? Wo ist das Programm zur Erhaltung und Entwicklung ländlicher Regionen?

Der SPD, die ich vor allem anspreche, fehlt der Mut, die Dinge wirklich zu ändern. Lieber klammert man sich an traditionelle, aber leider auch traditionell wirkungslose Rezepte.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich habe von Ihnen bis jetzt ganz viele gehört!)

– Das kommt jetzt.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Gibt es Hoffnung für die SPD? Ja, vielleicht irgendwann. Sie keimt bei den Jusos, und sie hat etwas mit Alkohol und einer ungewollten Vermischung von Politik und Realität zu tun.

Sie kennen das: Sie haben ein bisschen zu viel getrunken und – schwups! – befinden Sie sich 500 km entfernt auf einem Bundeskongress der Jusos. Einer jungen Mainzerin ist genau das passiert. Nach einer Party am Donnerstag wartete die Studentin nachts um 3:45 Uhr am Mainzer Hauptbahnhof auf die Straßenbahn. Ziel: das Bett zu Hause in Mainz. Noch vor der Straßenbahn kam aber ein Reisebus der Jusos aus dem Saarland auf der Weiterfahrt nach Dresden zum Juso-Bundeskongress.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Was haben die Jusos damit zu tun? – Gegenruf von Michele Marsching [PIRATEN]: Geduld ist auch eine Tugend!)

Die Mainzerin stieg ein, schlief auf einem der Sitze ein und bemerkte ihren Irrtum dann irgendwo bei Erfurt.

„Man muss die jungen Leute da abholen, wo sie sind: besoffen auf dem Mainzer Busbahnhof“, war der erste Kommentar, der auf der Facebook-Seite der Jusos gepostet wurde, und es folgte der Vorschlag: Beitrittsformular rausholen und als Gast akkreditieren. – Antwort: Bin dran.

(Jochen Ott [SPD]: Soll das lustig sein?)

Schanghaien nennt man das, glaube ich.

(Jochen Ott [SPD]: Ganz hohes Potenzial heute!)

Und der Skandal, die Pointe, Herr Ott, ist nicht, dass man anscheinend den jungen Leuten nicht mal mehr betrunken einen Juso-Mitgliedsantrag andrehen kann. Die Story ist, dass es am Mainzer Hauptbahnhof anscheinend Sinn macht, werktags mitten in der Nacht um viertel vor vier auf eine Straßenbahn zu warten.

Oberhausen ist etwas größer als Mainz. Dort warten Sie aber zeitgleich vergeblich, Herr Groschek, wie auch irgendwo anders in NRW.

(Jochen Ott [SPD]: Da gehen die Leute um elf ins Bett, oder, Mike?)

Dabei wäre der Bedarf da.

Übrigens, die Jusos bedauern auf Facebook auch, dass man die betrunkene Studentin in den Medien mehr beachtet als das schöne Antragsbuch. Ich beachte es aber. Ich habe es gelesen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt noch mal zur Geschichte zurück! – Heiterkeit von

den GRÜNEN und der SPD – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Wollen Sie wissen, wie es weitergeht?)

Im Antrag A1 – das gehört mit zur Geschichte – heißt es:

Wir wollen den ÖPNV massiv ausbauen. Wir brauchen mehr Anbindungen und häufigere Fahrzeiten – zur Entlastung der Städte, insbesondere aber in ländlichen Regionen. Wir wollen überall kostengünstigen und in Zukunft auch fahrscheinlosen Nahverkehr durchsetzen.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Wollen Sie SPD-Mitglied werden?)

– Ja, höchstens Juso-Mitglied, aber dafür bin ich zu alt.

Antrag O1 führt dann aus, dass die Mobilität der Zukunft politisch forciert werden soll und dass ein aktives Umdenken einsetzen muss. Die Entscheidungsfaktoren für Mobilität, Zeit- und Kostenaufwand könne der Staat beeinflussen mit einem Ausbau des ÖPNV, Fahrradstraßen, Car- und Bikesharing.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Negative Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs wie Luftverschmutzung, Lärm und Flächenverbrauch müssten drastisch reduziert werden mit Temporeduktion, Umweltzonen, Mautbereichen und Parkraumbewirtschaftung. Ich ergänze an dieser Stelle: Eine solche neue Priorisierung und eine Aufholjagd der zum Auto alternativen Verkehrsmittel müssen sich auch im Haushalt widerspiegeln; denn sonst hecheln Sie nur hinterher, ebenso dieser Einzelplan 09.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Minister Groschek stellt beim Güterschienenverkehr gerne fest: Alle wollten Güter auf die Schiene bringen, aber niemand hat es getan, weil die Straße immer Priorität hatte.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Lieber betrunken in Mainz an der Bushaltestelle warten!)

– Ich weiß nicht, ob Herr Groschek in Mainz betrunken an der Bushaltestelle ... Aber mein Appell ist: Dann kultivieren Sie diese historischen Fehler doch nicht auch noch! Setzen Sie die Versäumnisse vergangener Jahrzehnte doch nicht noch fort! Wollen Sie wirklich, dass wir in ein oder zwei Jahrzehnten auch über Versäumnisse der Vergangenheit in 2017 sprechen müssen, über vertane Chancen, ein verlorenes Jahrzehnt, in dem man hätte umsteuern können, wo aber nur mit markigen Worten gearbeitet wurde, nicht mit markigen Taten?

Apropos „markige Worte“: Sie haben ja das Jahrzehnt der Baustellen ausgerufen. Ich sage dazu: Das sind die falschen Baustellen. Ja, die Verkehrspolitik

in NRW ist auch so eine ewige Baustelle, auf der nie jemand arbeitet, die aber für lange Staus sorgt. Denn die Landesregierung will hier nicht investieren. Wohnen und Infrastruktur sind keine Schwerpunkte bei Frau Kraft.

Der Einzelplan 09 des Bau- und Verkehrsministeriums liegt – das stelle ich fest – bei den Einnahmen an zweiter Stelle aller Ministerien; das heißt: Viele Mittel kommen vom Bund. Bei den Ausgaben allerdings liegt Groscheks Ministerium an siebter Stelle – an letzter Stelle aller Ministerien, die stark investieren und nicht nur Steuern müssen, an allerletzter Stelle! Und das merkt man.

(Beifall von den PIRATEN)

Man merkt, dass der Landesregierung Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr eben nicht wichtig sind.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist einfach Quatsch! – Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Das ist einfach so. Man kann zwar schön dagegen reden, aber ich will das auch im Haushalt sehen. Andere Minister stellen sich hin und sagen: Unser Haushalt wurde wieder erhöht. Herr Minister Groschek kann das nur behaupten, wenn wieder mehr Mittel vom Bund kommen. Man merkt, dass das Ministerium hier tote Pferde reitet und keine neuen Prioritäten setzen will, von einem Paradigmenwechsel ganz zu schweigen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Placebos lasse ich einmal außen vor. Klar, Minister Dobrindt im Bund ist auch ein ewig Gestriger, aber das darf kein Vorbild sein. Bei Radschnellwegen ist der NRW-Haushalt tatsächlich eine nicht ganz so große Luftnummer wie der Bundeshaushalt, der hier nicht vorhandene 25 Millionen € als Durchbruch feiert. Da wundere ich mich über Herrn Klockes positive Worte. Aber ansonsten: Auch NRW investiert nur einige wenige Planungskosten in Radschnellwege. Das sind weder Riesenschritte noch klare Kante, Herr Klocke. Von einem Programm für ein Radschnellwegenetz oder gar von einem Aufbruch in niederländische oder Kopenhagener Verhältnisse darf man hier nicht sprechen.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Ihre zehn Minuten Redezeit ...

**Oliver Bayer (PIRATEN):** Ich komme zum Schluss. – Weiterhin gibt es keine zusätzlichen Mittel für den ÖPNV, keine Anschubfinanzierung für die Zukunft der Mobilität, für die Verkehrswende oder wenigstens eine kleine Priorisierung in der Verkehrspolitik.

Die Idee der Regionalbussysteme aus der Enquete-kommission zur ÖPNV-Finanzierung wurde zwar aufgegriffen, soll aber mit den Mitteln bezahlt werden, die dringend für die S-Bahn eingefordert wurden. Einiges davon werden wir noch mit Haushaltsänderungsanträgen geraderücken; wir werden den Blick in die Zukunft richten. Dazu gehört natürlich auch ein Weg hin zu Bus und Bahn fahrscheinfrei.

Wenn Sie unser Antragsbuch nicht mögen, Herr Groschek – das muss ich noch machen ...

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Die Jusos haben dazu in Dresden auch eine klare Forderung verabschiedet, und zwar aus dem Wahlprogramm der Piraten von 2010 und 2012, ...

**Präsidentin Carina Gödecke:** Also, die Redezeit ist jetzt beendet!

**Oliver Bayer (PIRATEN):** ... die zeigt, wie man anfangen könnte.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Das können Sie Herrn Groschek gern auch so sagen.

**Oliver Bayer (PIRATEN):** Sie wollen dort ein Modellprojekt für Bus und Bahn fahrscheinfrei.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Groschek.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

**Michael Groschek,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wie Herr Bayer hatte auch ich mal eine Leidenschaft für die Jungsozialisten und die Jungsozialistinnen.

Jetzt will ich nicht aus dem Nähkästchen plaudern, was unsere weiblichen Mitglieder und die der Jungen Union anbelangt. Herr Bayer, da könnten wir uns vielleicht einmal austauschen. Ich weiß jetzt nicht, wen Sie da am Mainzer Hauptbahnhof so nachhaltig interessiert getroffen haben. Wir haben uns damals immer woanders verabredet. Aber sei es drum.

(Heiterkeit)

Ich nehme jetzt einfach mal die schmeichelnde Kritik der Opposition als Lob. Vielen Dank dafür. Wir haben auch gemeinsam große Erfolge in der Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik erreicht. Sarah Philipp und der Bundespräsident haben recht:

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Erste Bemerkung: Heimat. In Zeiten der Globalisierung suchen die Menschen einen Ort, den sie „Heimat“ nennen, und deshalb fördern wir in Nordrhein-Westfalen Heimat mit fast 2 Milliarden €: nachhaltig überjährig 1,1 Milliarden € Wohnungsbauförderung, 300 Millionen € Tilgungsnachlässe und fast 350 Millionen € Städtebauförderung. Ein solches Heimatförderungsprogramm gibt es nirgendwo in der Republik.

Deshalb können wir sagen: Wir sind im Grunde die Heimat-Koalition und bleiben eine Koalition der Einladung. Machen Sie mit! Sie haben dann genau die gleiche Freude wie wir.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Bemerkung: sozialer Wohnungsbau.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

– Arndt Klocke, Herr Schemmer kommt immer mit der gleichen Taschenspielernummer, weil er glaubt, er kann wieder jemanden überrumpeln. Erstens wurde für die Eigentumsförderung Geld rausgehauen wie Sau. Zweitens waren die Zinsniveaus damals ganz andere. Da kann ich auch ganz leicht sagen: Komm, ich subventioniere dir den Zinsberg runter. Da greift jeder zu und sagt: Ich nehme den „Klammersack soziale Bindung“ in Kauf, dafür schenken Sie mir die Zinsen.

Also: Wir kochen alle nur mit Wasser, aber wir haben einen größeren Kessel, Kollege Schemmer.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

2015 war die Situation so, dass 40 % aller Sozialwohnungen in Deutschland in Nordrhein-Westfalen errichtet wurden. Die Steigerung zum Vorjahr betrug 30 %. Wären wir nicht so gut gewesen, hätte es in Deutschland ein Minuswachstum gegeben. Das zeigt: Unser Bündnis für Wohnen hat sich bewährt, und deshalb werden wir das auch fortsetzen.

Dritte Bemerkung: Städtebauförderung. Hier sprechen wir von einem Rekordetat, den wir gemeinsam in einem Städtebauförderprogramm ausloben werden. Im Grunde sind die Programme, auf die Sarah Philipp und andere Bezug genommen haben, in der Qualität so gut, dass der Bund dieses Original kopiert.

Es gibt eine ganze Reihe von Bundesprogrammen, die auf den guten Erfahrungen Nordrhein-Westfalens fußen. Deshalb hoffen wir auch, dass unsere Quartiersakademie – einmalig in der Republik, analog und digital die beste Bürgerbewegung der Quartiersentwicklung in unserem Land – bald vom Bund kopiert wird. Dann haben wir viele Bürgerinitiativen, die sich konstruktiv in einen Entwicklungsprozess einbringen und bürgerschaftliche Partizipation als Teil des Ge-

meinwesens und nicht des Mein-Wesens interpretieren. Mich würde das glücklich machen – ich hoffe, die meisten von Ihnen ebenfalls.

Den Rest werden wir gleich noch unter der Überschrift „Neue Mobilität“ miteinander diskutieren. Darauf freue ich mich; denn dann muss die Landtagsminderheit erklären, warum sie gegen die Bundestagsmehrheit und gegen die Landtagsmehrheit noch immer auf den alten Gaul setzt. Wechseln Sie die Pferde! Kommen Sie zu uns! Steigen Sie aufs Rad! Steigen Sie um auf die Nachhaltigkeit, auf das Prinzip „Erhalt vor Neubau“! Dann befinden Sie sich auf der Höhe der Zeit. Und dann werden auch Ihre Koalitionsmöglichkeiten wachsen. Auch daran sollten Sie denken.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Voussem.

**Klaus Voussem (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein norwegisches Sprichwort sagt:

„Durch Schulden gebunden ist durch Sorgen gebunden.“

Nordrhein-Westfalen ist durch Schulden gebunden, und das macht vielen Menschen in unserem Land sorgen.

(Beifall von der CDU)

Die rot-grüne Landesregierung hat in fünf Jahren über 14 Milliarden € neue Schulden gemacht. Die Ausgabenlast des Landeshaushalts ist seit 2010 um rund 35 % gewachsen. Allein der Verkehrshaushalt ist in diesem Zeitraum lediglich um ca. 16 % gestiegen, und dies überwiegend nur aufgrund durchgereicher Bundesmittel. Die Landesregierung hat hierzu selbst nichts beigetragen.

Trotz Aufblähen des Haushalts und massiver Neuverschuldung profitiert die Infrastruktur in unserem Land überhaupt nicht. Beim Bund ist es genau andersherum. Die CDU-geführte Bundesregierung hat einen noch nie dagewesenen Investitionshochlauf bei der Infrastruktur vorgelegt, das heißt, massiv mehr investive Ausgaben bei einem ausgeglichenen Haushalt. Herr Minister Groschek, Sie sollten sich einmal am Bundesverkehrsminister orientieren.

(Beifall von der CDU)

Fast 14 Milliarden € für die Infrastruktur im Jahr 2017, das sind fast 10 % mehr als 2016, dazu einen Rekordmittelaufwuchs bis 2018 – das ist die bisherige Verkehrs-Erfolgsbilanz der CDU-geführten Bundesregierung. Und das ist alles möglich ohne neue Schulden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die wesentliche Kennziffer kann man beim Bund unter dem Stichwort „Nettokreditaufnahme“ sehen: Es ist die Null. Und es werden auch in den nächsten Jahren wieder Nullen sein.

Die Null bei unserer Landesregierung steht dieses Jahr leider woanders. Der Bund verteilt in diesem Jahr 1,3 Milliarden € für baureife Projekte für Bundesfernstraßen. Nordrhein-Westfalen aber geht dabei völlig leer aus.

(Minister Michael Groschek: Wer kriegt denn das meiste?)

Das ist eine traurige Premiere. Noch nie zuvor gab es für unser Land eine Nullrunde bei Baufreigaben für Bundesfernstraßen. Der Grund: Es gibt keine Planungsreserve mehr. Sie sind alle aufgebraucht.

(Jochen Ott [SPD]: Das glauben Sie doch nicht im Ernst! Soll das ein Witz sein?)

Wieder einmal fließen wegen des Planungsversagens der rot-grünen Landesregierung Milliarden von Bundesmitteln an Nordrhein-Westfalen vorbei.

Meine Damen und Herren, eine von vielen verkehrspolitischen Fehlentscheidungen der rot-grünen Landesregierung war die Einführung des Sozialtickets im Jahr 2011. Seit 2011 wurden jährlich 30 Millionen € für das Sozialticket ausgegeben. In den Jahren 2016 und 2017 werden dafür sogar jeweils 40 Millionen € in den Haushalt eingestellt. Das ist eine rein konsumtive Ausgabe, die nichts im Haushalt des Verkehrsministeriums zu suchen hat.

Konsum auf Kosten der Infrastruktur ist finanz- und verkehrspolitischer Unfug. Nordrhein-Westfalen braucht diese Mittel dringend für die Infrastruktur, das heißt, für den Landesstraßenbau. Im Jahr 2017 wird die rot-grüne Landesregierung 230 Millionen € für das Sozialticket ausgegeben haben. Davon hätten viele Kilometer Landesstraßen gebaut werden können, sowohl im Neubau als auch beim Erhalt. Unsere Forderung ist daher die Streichung des Sozialtickets und die Umschichtung von 30 Millionen € davon in den Landesstraßenbau.

(Beifall von Wilhelm Hausmann [CDU])

Beide Maßnahmen führen zu mehr nachhaltigen Investitionen beim Straßenbau.

Der Paradigmenwechsel, mehr in den Erhalt als in den Neubau zu investieren, wurde im Übrigen, Herr Kollege Klocke, bereits 2008 von der damals CDU-geführten Landesregierung vorgenommen und war richtig. Daher begrüßen wir es ausdrücklich, dass die rot-grüne Landesregierung diesen Kurs auch nach 2010 fortgeführt hat. Die Erhöhung der Mittel für den Landesstraßenerhalt in den vergangenen Jahren war auch eine richtige Entscheidung. Aber damit sind wir schon am Ende unseres Lobes.

Damit sind wir auch schon am Ende unserer Gemeinsamkeiten mit der rot-grünen Landesregierung beim Thema „Landesstraßenbau“. Denn seit Jahren hat die rot-grüne Landesregierung beim Landesstraßenbau kontinuierlich gekürzt. Nur noch 32 Millionen € für den Landesstraßenneubau im Jahr 2017 bedeuten, wie schon in den letzten Jahren, den niedrigsten Wert seit Beginn aller Aufzeichnungen hierüber.

Durch die Ausfinanzierung von derzeit im Bau befindlichen Landesstraßen sind diese wenigen Mittel auf Jahre gebunden. So können wichtige Ortsumgebungen nicht gebaut werden, und der Lkw-Verkehr donnert weiterhin zähflüssig durch die Ortschaften. Bürgerinnen und Bürger müssen weitere Jahrzehnte mit Lärm und Staus an ihren Wohnorten leben.

(Beifall von der CDU)

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Kurt Tucholsky:

„Erfahrung heißt gar nichts. Man kann seine Sache auch 35 Jahre schlecht machen.“

Die meiste Erfahrung im Regieren hat in Nordrhein-Westfalen mit Abstand die SPD – sie kommt auf wesentlich mehr als 35 Regierungsjahre –, aber sie macht immer noch eine schlechte Verkehrspolitik und eine unverantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik. Das heißt, wir sind nicht nur das Stauland Nummer eins, sondern auch das Schuldenland Nummer eins in Deutschland. Daher lehnen wir den Haushalt ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Das ist erschütternd, wie man so an der Realität vorbeireden kann! – Gegenruf von Christof Rasche [FDP]: Wieso? Sprichst du von der Rede des Ministers? – Jochen Ott [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Vossemer. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Becker.

**Andreas Becker (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ehrlich gesagt, hätten wir von der SPD uns über ähnlich gute Worte zum Bundesverkehrswegeplan und zum Einsatz im Bund gefreut, als der Bundesverkehrswegeplan erstellt wurde, Herr Vossemer.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Was?)

Wir wollen doch mal ganz ehrlich sein: Ohne die SPD im Bund hätte es diesen Bundesverkehrswegeplan gar nicht gegeben.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Eines will ich auch noch richtigstellen: Ohne Ministerin Hendricks hätte es keine 25 Millionen € für den Radschnellwegbau im Bundesetat gegeben.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Auch an diesen Fakten sollten Sie sich orientieren.

Bei Ihrer Aussage zu den planfestgestellten Straßen hat der Minister gerade so laut gelacht, dass ich davon ausgehe, dass er gleich selbst darauf eingehen will und das schön zerpfücken wird, wie es seine Art ist und wie wir ihn kennen.

Was uns heute vorliegt, ist ein guter Haushaltsentwurf für die Mobilität und die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen, mit dem wir unseren Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ konsequent weiter umsetzen. So sieht schon der Entwurf des Haushalts für den Erhalt von Landesstraßen 71,5 Millionen € vor. Die Regierungsfractionen – Kollege Klocke hat es berichtet – werden noch 10 Millionen € drauflegen, sodass wir insgesamt 127,5 Millionen € für den Erhalt unserer Landesstraßen zur Verfügung stellen.

Das ist Rekord und ehrlich gesagt kein Vergleich zu den 73 Millionen €, die der letzte schwarz-gelbe Haushalt für den Erhalt von Landesstraßen vorgesehen hat. Daher bewundere ich Ihren Mut, überhaupt einen Vergleich anzustellen und zu kritisieren, was wir alles in den Erhalt der Landesstraßen stecken.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus haben wir den Landesbetrieb Straßenbau so auf Vordermann gebracht, dass das größte Staubeseitigungsprogramm aller Zeiten tatsächlich umgesetzt werden kann. 14 Milliarden € sieht der Bundesverkehrswegeplan bis 2030 vor. Wir werden dieses Geld dazu verwenden, die Maßnahmen in die Tat umzusetzen.

Die Regierungsfractionen werden diesen guten Haushalt noch besser machen, weil wir nämlich die Mittel für zehn zusätzliche Planfeststeller in den Bezirksregierungen einplanen werden, damit die Umsetzung schneller erfolgen kann. Wir werden dem Landesbetrieb Straßenbau Mittel für verbesserte Öffentlichkeitsarbeit mit entsprechenden Agenturen zur Verfügung stellen, um insbesondere bei Großprojekten die Informationen zu optimieren und damit die Akzeptanz in der Bevölkerung, bei den Bürgerinnen und Bürgern, zu erhöhen.

Zu Bussen und Bahnen: Der RRR wird kommen. Er wird den Regionalverkehr im größten Ballungsraum Europas auf eine neue Stufe heben und diesen im 15-Minuten-Takt vernetzen.

Für den öffentlichen Personennahverkehr werden wir demnächst – auch wenn das ÖPNV-Gesetz erst beim nächsten Plenum auf der Tagesordnung steht – die Rekordsumme von 1,6 Milliarden € ausgeben. Dass wir dies tun können – daran erinnere ich gern schon heute –, liegt an den erfolgreichen

Verhandlungen der Landesregierung, namentlich des Verkehrsministers Mike Groschek, der für eine gerechte Berücksichtigung des Landes bei der Verteilung von Regionalisierungsmitteln gesorgt hat.

Es kommt zu einem strukturell abgesicherten verlässlichen Aufwuchs. Schon 2017 werden 150 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stehen. Die Mittel werden weiter aufwachsen. Damit ist die Grundlage für zielorientierte Investitionen in unseren ÖPNV gegeben. Sowohl für städtische Räume als auch für den ländlichen Raum bedeutet das eine Frischzellenkur für Mobilität in unserem Land. Wir werden für eine deutliche Steigerung bei Barrierefreiheit, Elektrifizierung und Kundenfreundlichkeit sorgen.

Für die rot-grüne Regierungskoalition ist auch der Radverkehr ein wichtiger Bestandteil ihrer Verkehrspolitik – nicht nur wie für Sie von der CDU eher lästiges Beiwerk.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn wir mit dem Radschnellweg 1 bis zu 50.000 Pkw-Fahrten täglich verlagern können, müssen wir das doch fördern. Der Bund hat das erkannt und stellt, wie gesagt, erstmals 25 Millionen € zur Verfügung. Davon wollen und werden wir in Nordrhein-Westfalen profitieren.

Wir werden deshalb als Koalition mehr Geld zur Verfügung stellen, als es der ohnehin schon gute Haushalt tut. Wir werden nicht nur für die Weiterentwicklung des Radwegenetzes an bestehenden Landesstraßen Mittel bereitstellen, wir werden nicht nur für die Nahmobilität mehr Mittel bereitstellen, sondern wir werden auch für den Bau und für die Planung von Radschnellwegen insgesamt 1,5 Millionen € mehr zur Verfügung stellen, als es der ohnehin gute Entwurf schon vorsieht.

(Beifall von der SPD)

Alles in allem macht diese Debatte bislang wieder einmal deutlich: Die CDU hat in der Verkehrspolitik nichts anzubieten.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Wir dagegen machen mit neuer Mobilität einen guten Haushalt, den wir für 2017 beschließen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und Rolf Beu [GRÜNE])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Rasche.

**Christof Rasche (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt 19:20 Uhr, und ich habe das Gefühl: Alles geht etwas gelassener zu.

Vor einigen Stunden war die Stimmung noch weit aggressiver. Der grüne Umweltminister Rimmel warf der Opposition vor, eine verlogene Politik zu betreiben. Das macht man, wenn einem die Argumente fehlen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Richtig!)

Da gefällt mir die Debatte zu diesem Thema weitaus besser.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Spaß macht mir natürlich auch unser Minister Mike Groschek. Er hat die Qualität zum Bundesligatrainer, nämlich für den HSV.

(Heiterkeit von Klaus Kaiser [CDU])

Der HSV ist Schlusslicht, Nordrhein-Westfalen ist auch Schlusslicht – aber beides wird in der Welt schöngeredet. Darin ist der Kollege Groschek wirklich Weltmeister.

(Beifall von der FDP, der CDU und Michele Marsching [PIRATEN])

Fußballtrainer zu werden, wäre vielleicht ein interessanter Karrieresprung.

(Heiterkeit von der FDP und der CDU – Michele Marsching [PIRATEN]: Ich habe nur wegen des Fußballvergleichs geklatscht!)

Was nehmen denn die Menschen in Nordrhein-Westfalen nach fast sieben Jahren der Regierung von SPD und Grünen in der Verkehrspolitik wahr? – Rekordstaus, wie es sie in Nordrhein-Westfalen noch nie gab. Es wundert mich schon, dass sich dann der Kollege Becker des besten Antistauprogramms der SPD in Deutschland rühmt.

(Heiterkeit von Karlheinz Busen [FDP] – Jochen Ott [SPD]: Ja, selbstverständlich!)

Wir haben jedoch Rekordstaus.

(Jochen Ott [SPD]: Deshalb gibt es doch die Baustellen!)

In Ihrer Regierungszeit von 2012 bis 2015 – ich nehme einmal diese Jahre heraus – haben sich die Staus in Nordrhein-Westfalen auf 320.000 km verdoppelt,

(Jochen Ott [SPD]: Na klar!)

weil Sie nichts getan haben. Täglich haben wir Staus, oft auf einer Länge von 400 km.

(Zuruf von der SPD: Warum?)

WDR 2 meldet immer häufiger Staus erst ab einer Länge von 10 km.

(Jochen Ott [SPD]: Warum denn?)

Schauen wir uns den Gütertransport an. In vielen Bereichen können Güter weder auf der Schiene noch

auf der Straße verlässlich transportiert werden. Das ist schlecht für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen und schlecht für die Arbeitsplätze in unserem Land.

Im Schienenpersonennahverkehr herrschen gerade zu Berufsverkehrszeiten in den Zügen unhaltbare Zustände. Dieses Fazit ziehen viele Bürgerinnen und Bürger nach sieben Jahren rot-grüner Verkehrspolitik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Klocke?

**Christof Rasche (FDP):** Selbst um diese Uhrzeit, lieber Arndt.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Selbst zu dieser Uhrzeit, Herr Klocke, haben Sie Gelegenheit zu einer Zwischenfrage. Bitte schön.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Herr Präsident, vielen Dank. Lieber Christof Rasche, danke, dass du die Frage zulässt. Sie ist auch wirklich sachlich und ernst gemeint und passt damit auch zur Tonalität in der Debatte.

Zum Thema „Staus“: Ist es nicht Fakt, dass ein großer Teil der derzeit entstehenden Staus auf die zahlreichen Baustellen, insbesondere im Bereich der Sanierung und besonders der Brückensanierung zurückzuführen ist?

Die Leverkusener Brücke hätte man auch schon vor fünf oder zehn Jahren neu bauen oder sanieren können. Da frage ich den Kollegen der FDP, ob er das auch so sieht. Können Sie mir darin zustimmen, dass ein relevanter Teil der Staus im Lande mit der Baustellensituation, mit der Sanierungssituation und der Notwendigkeit zu tun hat, unsere Infrastruktur endlich wieder auf Trab zu bringen, und nicht eine Folge verfehlter Verkehrspolitik ist?

(Beifall von den GRÜNEN)

**Christof Rasche (FDP):** Herr Klocke, vielen Dank. Das war eine relativ kurze Frage und eine relativ lange Rede. Der Fehler bei der Leverkusener Brücke war, dass man mit den Planungen erst angefangen hat, als die Brücke für Fahrzeuge ab einer gewissen Tonnage gesperrt wurde, obwohl schon Jahre vorher klar war, dass dieser Defekt irgendwann eintreten würde.

In Zukunft müssen wir gemeinsam mit dem Bund so handeln, dass wir schon dann mit der Planung beginnen, wenn sich abzeichnet, dass eine Brücke gesperrt werden muss, und nicht erst dann, wenn das

Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Das wäre ein Riesenfehler.

Zu den Staus. In einem Infrastrukturnetz, also auch bei Straßen, gibt es immer Baustellen. Die gehören zu einem Verkehrsnetz und zum Verkehr dazu. Ein bedarfsgerechtes Verkehrsnetz kann es sich leisten, Baustellen zu haben, ohne dass das zu größeren Staus führt. Wenn aber jede kleine Baustelle oder jede Grünmaßnahme zu langen Staus führt, heißt das, dass das Verkehrsinfrastrukturnetz nicht bedarfsgerecht ist – und genauso ist es in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nicht die Baustellen sind also die Ursache für die Staus, sondern das liegt daran, dass das Infrastrukturnetz mangelhaft und nicht bedarfsgerecht ist. Man hätte viel früher und viel mehr ausbauen und natürlich auch sanieren müssen.

Zu den Problemen, die wir im Zusammenhang mit Staus, dem Güterverkehr und dem Schienenpersonennahverkehr schon haben, kommt noch die Tatsache hinzu, dass auf vielen Engpässen die Kapazitätsgrenzen erreicht sind und trotzdem die Verkehre noch zunehmen.

Ihre Lösungsansätze haben in der Vergangenheit nicht getragen. Beim jetzigen Haushalt setzen Sie falsche Prioritäten – zu wenig für den Landesstraßenneubau; auch da gibt es viele Engpässe, sogar ein Rekordniedrigniveau. Nur Holzwickede bekommt eine neue Landesstraße – 2017, 300.000 € –, und das bei einer Maßnahme, die 12,8 Millionen € kostet. Das ist also auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hunderte von anderen Kommunen in Nordrhein-Westfalen bekommen jedoch nichts, obwohl sie schon seit Jahrzehnten auf ihre Umgehungsstraße oder Landesstraße warten.

Die Erhaltungssubventionen sind ein wichtiges Thema für Bundes- und auch Landesstraßen. Der Kollege Klocke sagte eben, man wäre den Forderungen, die allgemein gestellt worden sind, gefolgt. Sie haben dann zwei Beispiele genannt. Sie haben jedoch überhaupt nicht den Landesrechnungshof erwähnt. Dieser hat gesagt: Pro Jahr müssen 200 Millionen € zur Verfügung gestellt werden, sonst verammelt die Infrastruktur weiter. Von diesen 200.000 €

(Minister Michael Groschek: 200 Millionen €)

sind Sie noch weit entfernt. Und hätten Sie nicht das viele Geld für Radwege und Sozialticket, sondern für die Sanierung ausgegeben, hätten Sie dieses Defizit zwischen 130 Millionen € und 200 Millionen € decken können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Kollege Groschek sagte eben: Die Regierung und die Koalition sind für „Erhalt vor Neubau“; das hat er massiv nach vorne getragen. Die Koalition, die das

im Jahre 2008 erfunden hat, war die Koalition von CDU und FDP. Das war nämlich der erste Haushalt seit Jahrzehnten, in dem der Titel für Erhalt höher war als für Neubau. Das haben Sie dann natürlich fortgesetzt, Sie haben es gerade nur wieder ein bisschen einseitig dargestellt.

Nächstes Stichwort: Bundesfernstraßenbau. Einmal haben wir die Planungspriorisierung erlebt, also den Stillstand bei der Planung vieler Baumaßnahmen im vordringlichen Bedarf. Zwischen 2010 und 2012 wurden in Nordrhein-Westfalen weitere Ingenieurstellen unter der Regierung von Rot-Grün abgebaut.

Als der Bund gemeldet hat: „Wir legen ein Sonderprogramm auf, nennt uns bitte alle baureifen Projekte, dann nehmen wir davon welche auf“, konnte Nordrhein-Westfalen nicht ein einziges Projekt anmelden. Das ist fatal, und das hat mit guter Verkehrspolitik nichts zu tun.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich könnte jetzt noch viele Beispiele nennen.

Der Minister sprach von einer neuen Verkehrspolitik. Die brauchen wir ab der nächsten Landtagswahl. Weiterhin sprach der Minister vor einigen Wochen von einer Durchgrünung der Gesellschaft. Im Grunde hat er damit den Lösungsansatz für eine Wende in der Verkehrspolitik genannt. Lieber Herr Minister, Sie wissen, was ich meine. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Rasche. – Nun spricht für die grüne Fraktion Herr Kollege Beu.

**Rolf Beu (GRÜNE):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Rasche hat ja gerade etwas von einer durchgrünten Verkehrspolitik gesagt.

(Christof Rasche [FDP]: Ich habe zitiert!)

– Genau, der Minister hat ja im Prinzip auch gesagt: eine geänderte, moderne Verkehrspolitik. – Eine geänderte, moderne Verkehrspolitik bedarf gerade grüner Zielsetzungen – grüner Zielsetzungen, die auch in Richtung Radverkehrsförderung gehen, was ja auch bereits mein Kollege Klocke gesagt hat. Hierzu gehört auch der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“.

Wenn Sie das Motto „Erhalt von Landesstraßen“ wirklich ernst meinen, und dann erwähnen, dass dafür eigentlich 200 Millionen € notwendig sind, dann möchte ich in diesem Zusammenhang gerne wissen: Was ist denn in Ihrer Regierungszeit damals investiert worden? – Nach meinem Kenntnisstand waren es 55 Millionen €, also ein Viertel dieses Betrages. Wir haben im laufenden Haushalt den Ansatz gegenüber Ihrer Regierungszeit dementsprechend verdoppelt.

Als Sprecher für ÖPNV und Bahnpolitik der Grünen im Landtag kann ich mich ganz besonders freuen; denn Rot-Grün stärkt mit diesem Haushalt die ökologisch nachhaltigen Verkehre und sorgt gleichzeitig dafür, dass alle Menschen partizipieren können. Das ist kein politisches Gerede, sondern meine Aussagen beruhen auf Tatsachen, und diese Tatsachen möchte ich an drei Beispielen verdeutlichen.

Ich komme zunächst zu Ihrem Lieblingsthema – das habe ich heute auch schon wieder gehört –, dem Sozialticket. Mit einem Ansatz von 40 Millionen € bleiben wir in NRW klar auf einem sozialen Kurs. Rot-Grün ermöglicht Mobilität und damit Teilhabe für breite Schichten der Bevölkerung unseres Landes. Fast 300.000 Menschen, also die Einwohnerzahl einer mittelgroßen Großstadt, profitieren davon. Rund 85 % aller Berechtigten haben Zugang zum Sozialticket.

Um dem Mythos entgegenzuwirken: Es stehen einer Hartz-IV-Empfängerin, einem Hartz-IV-Empfänger rechtlich rund 23 € für Mobilität im Monat zu. Jeder, der weiß, wie hoch die Ticketpreise hier im Land sind, wird feststellen, dass man damit nicht besonders weit kommen kann. Es wäre natürlich viel schöner und eigentlich auch viel gerechter, wenn die Bundesregierung die Regelsätze im SGB II entsprechend nachhaltig anpassen würde.

Zweites Beispiel, das ÖPNV-Gesetz, auch wenn wir es erst in zwei Wochen hier im Plenum diskutieren werden: Das neue ÖPNV-Gesetz setzt Maßstäbe. Mit Sonderprogrammen macht Rot-Grün den ÖPNV in NRW fit für die Zukunft, auch ein Ergebnis grüner Verkehrspolitik.

Wir werden zukünftig die Anschaffung von Elektrobussen gezielt fördern. Aufgegebene Bahnstrecken werden wir reaktivieren.

(Minister Michael Groschek: Richtig!)

Bestehende Strecken werden wir elektrifizieren. Der ÖPNV muss klimafreundlicher werden. Wir haben in unseren Innenstädten zu hohe Stickoxide und Feinstaubbelastungen. Wir investieren, damit dieses Land, damit unsere Städte sauberer werden. Dazu gehört unabdingbar ein gutes ÖPNV-Angebot.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Rehmaum?

**Rolf Beu (GRÜNE):** Ja, gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist nett von Ihnen, bitte schön.

**Henning Rehbaum** (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass die Regelsätze bei Hartz IV im Bereich Verkehr nicht ausreichen. Welche Anstrengung haben Sie denn bzw. Ihr Koalitionspartner oder die Landesregierung unternommen, um diese Regelsätze bei Frau Nahles anzupassen?

**Rolf Beu** (GRÜNE): Das wäre eine Frage, die Sie nicht an mich, sondern im Prinzip an die Kolleginnen und Kollegen der SPD richten müssen. Wir Grüne haben uns auf jeden Fall im Bundestag permanent dafür eingesetzt, dass das SGB entsprechend angehoben wird. Dass es dazu keine Mehrheit gegeben hat, liegt nicht an uns, sondern es liegt tatsächlich an dieser Bundesregierung, der, glaube ich, Ihre Partei eher angehört als meine, zumindest momentan noch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Drittens: mehr Geld für den ÖPNV. Dank des Einsatzes von SPD und Grünen in den harten Gesprächen auch mit den anderen Bundesländern und mit dem Bund konnte erreicht werden, dass das Regionalisierungsgesetz zugunsten NRW auf eine breitere Basis gestellt wird. Die Landesregierung kann in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld in den öffentlichen Personenverkehr investieren. Wie wir das ganz gezielt tun, werden wir auch hier in der Diskussion über das ÖPNV-Gesetz erläutern. Die zusätzlichen Mittel resultieren aus einem Beschluss des Bundestages und des Bundesrates.

Ganz exakt beziffert: Im kommenden Jahr wird das Land NRW für den ÖPNV rund 1,59 Milliarden € aufwenden. Der Anteil an den sogenannten Regionalisierungsmitteln wird von heute 15,76 % auf 18,99 % im Jahre 2030 schrittweise ansteigen. Alles zusammengerechnet, stehen uns für den ÖPNV von 2016 bis 2031 rund 26 Milliarden € zur Verfügung.

Wir werden auch in der Januarsitzung über die Ergebnisse der Enquetekommission für die Zukunft des ÖPNV debattieren können. Hier und heute werden wir dem Einzelplan 09 gerne zustimmen. „Für allzeit gute Fahrt“, wie es unter den Bahnerinnen und Bahnern heißt. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Vielen Dank, Herr Kollege Beu. – Nun hat für die Landesregierung noch einmal Herr Minister Groschek das Wort.

**Michael Groschek**, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeord-

nete! Ich kann nachvollziehen, dass viele in der Opposition sich heute noch schwarz ärgern, dass mein Fast-Freund Alexander Dobrindt

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

uns mehr als doppelt so viel Geld aus dem Sonderprogramm zur Verfügung gestellt hat wie dem nächstfolgenden Bundesland. Nordrhein-Westfalen hat mit 720 Millionen € schon im ersten Zug mehr bekommen als Baden-Württemberg und Bayern zusammen. Und bis Jahresende werden wir die Milliardengrenze überschreiten und werden dann dreimal so viel Sonderzuweisungen des Bundes haben wie das nächstfolgende Bundesland. Das zeigt: Wo Freundschaft und Partnerschaft auf Augenhöhe herrschen, wächst Gutes und Gedeihliches.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Herr Hovenjürgen, dass Sie sich freuen, glaube ich. Wir kommen beide aus dem Ruhrgebiet. Da kann man auch Parteigegensätze schon einmal hintanstellen, wenn es der Sache dient – so viel zu Alexander Dobrindt und seiner neuen Freundschaft dem Land gegenüber.

Zweite Bemerkung: Der Stau als Dauerphänomen wäre ein großes Problem, wäre ein Gau. Deshalb müssen wir alles tun, den Stau aufzulösen. Das müssen wir tun durch Baustellen. Arndt Klocke hat darauf hingewiesen, dass natürlich 50 % aller Stauphänomene baustellenbedingt sind.

(Christof Rasche [FDP]: Quatsch!)

Die Baustellen in Nordrhein-Westfalen haben schon jetzt ein Rekordniveau erreicht. Im Sommer hatten wir die allermeisten Baustellen. Kein anderes Bundesland hatte vergleichbar viele Baustellen. Sie dienen der Staubeseitigung. Deshalb sagt die Landesregierung: Das Jahrzehnt der Baustelle ist ein Versprechen und keine Drohung, weil wir jetzt endlich ernst machen mit dem, was Erhalt vor Neubau suggeriert.

Ich will Sie daran erinnern, lieber Kollege Rasche, lieber Kollege Vossemer, dass Sie noch mit Oliver Wittke vorweg die Pappkameraderie bei der letzten Landtagswahl haben reiten lassen. Sie standen da mit Pappmascheeschildchen: Diese Ortsumgehung wird nicht gebaut wegen Rot-Grün.

Sie hätten drunter schreiben müssen: Zum Glück wird die nicht gebaut, weil Erhalt vor Neubau gilt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die 100-Millionen-Grenze überschritten. Wir werden die 200-Millionen-Grenze des Landesrechnungshofs schaffen. Sie haben Rosstäuscherei und Bauernfängerei betrieben, indem Sie so getan haben, als würden Sie die Ortsumgehung als Anti-stauprogramm verkaufen können. Das Gegenteil ist

der Fall. Mit Ihrer Ideologie haben sie Stau verursacht und nicht aufgelöst. Das ist Tatsache unserer Verkehrspolitik.

Dann müssen wir dazu kommen, dass wir bei dem Schienenverkehr da weitermachen, wo wir mit RRX und Betuwe begonnen haben. Wir müssen endlich mit der Lebenslüge der deutschen Verkehrspolitik aufräumen: Güter von der Straße auf die Schiene. Gemeinsam haben wir 50 Jahre lang nichts dafür getan. Gemeinsam haben wir jetzt die Pflicht und Schuldigkeit, die Schiene so zu stabilisieren und so zu fördern, dass endlich ein adäquater Güteranteil auf der Schiene landen kann. Nicht schon wieder leere Versprechen: Verdoppelung, Verdreifachung! Das ist ein leeres Wahlkampfversprechen. Wir müssen dafür kämpfen, dass die Schiene das Niveau erhalten kann, denn das Schienennetz ist in einem erbärmlichen Zustand. In Nordrhein-Westfalen gibt es 79 Engpassstellen, 270 kaputte Brücken, viel zu kurze Bahnsteige. Ein Milliardenprogramm ist notwendig, um das Schienennetz zu ertüchtigen. Da wird noch mal so viel Geld fließen müssen wie für die Straße, und für die Straße fließen 14 Milliarden €.

Ich bin froh, dass mit Dr. Grube endlich jemand Chef der Bahn ist, der die Bürgerbahn als Perspektive hat. Er hat klipp und klar gesagt: Ich weiß, wie wichtig Nordrhein-Westfalen ist. Hier ist ein Investitionsschwerpunkt. – Grube sei Dank! Wir kommen Schritt für Schritt, Baustelle für Baustelle voran.

Neben Straße und Schiene müssen wir das ertüchtigen, was an zusätzlichen Verkehrswegen möglich ist. Deshalb werden wir den Radwegebau forcieren. Wir werden die Städte bestärken, die autogerechte Stadt mutiger und konsequenter zu beerdigen. Das ist ein historischer Irrtum gewesen, der korrigiert werden muss. Wir brauchen mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer in unseren Städten. Dann werden auch Berufspendler attraktiver von A nach B kommen und weniger Stau produzieren. Zu dem Ausbau von Radschnellwegen bekennt sich inzwischen selbst die Bundesregierung. Bekennen auch Sie sich dazu. Das wird Ihnen praktisch weiterhelfen.

(Beifall von der SPD)

Letzte Bemerkung: Der Landesbetrieb Straßenbau ist inzwischen hochleistungsfähig. Nicht gebrauchen können wir das Gehampel bei der Einrichtung der Bundesfernstraßengesellschaft. Das, was Herr Schäuble mit seinem Privatisierungsvorschlag aufgelöst hat, ist unverantwortlich.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dafür haben wir Belege. Erste Bewerber, die eine Stellenzuweisung zum Landesbetrieb hatten, haben sich mit dem ausdrücklichen schriftlichen Hinweis zurückgezogen: Eine so unsichere Zukunft mute ich mir und meiner Familie nicht zu. Ich will nicht privatisiert werden, und ich will wissen, wo mein Arbeitsplatz ist.

Das wollen wir auch. Deshalb ist der Bund aufgefordert, so schnell wie möglich Klarheit zu schaffen. Klarheit und Wahrheit für die Beschäftigten ist auch Klarheit für die Betriebsperspektive unseres Straßennetzes.

Wir jedenfalls werden die Bundesstraßen nur übernehmen, wenn die Rechnung stimmt. Wir kaufen nicht die Katze im Sack. Deshalb muss der Bund endlich sagen, was er will. Was wir wollen, haben wir hinreichend erklärt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Damit sind alle Wortbeiträge abgearbeitet.

Wir kommen nun zur **Abstimmung** über den Einzelplan 09. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 16/13509, den Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Herr Schwerd, fraktionslos, Herr Schulz, fraktionslos, die Piraten, die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist gleichwohl der **Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13509 in zweiter Lesung** mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Ich rufe auf:

#### **Einzelplan 04 Justizministerium**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 16/13504

Ich darf die Aussprache eröffnen und die Kolleginnen und Kollegen bitten, den Saal leise zu den weiteren wichtigen Verrichtungen des Tages, die außerhalb des Saales anstehen, zu verlassen. Diejenigen, die hierblieben, hören nun Herrn Kamieth zu. Das ist der Redner der CDU. Er hat jetzt das Wort.

**Jens Kamieth (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2016 weist der Einzelplan 04 erneut Mehrausgaben aus, diesmal in Höhe von 117,2 Millionen €. Gegenüber dem ersten Haushalt der rot-grünen Landesregierung im Jahr 2011 werden sogar rund 700 Millionen € mehr ausgegeben.

Die Regierungsfractionen werden dies bejubeln.

(Sven Wolf [SPD]: Die Justiz auch!)

Das macht deutlich, dass Sie immer noch nicht rechnen können und insbesondere immer noch nicht zu einer vernünftigen Haushaltspolitik gefunden haben.